

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 3. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 17. Oktober 2012
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18:00 – 20.55 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Rolf Adam, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Nora Frei, Volontärin Rechtsdienst

Gäste: Jürg Degen, Landratspräsident

Entschuldigt: Natali Delibasic, Markus Gruber, Ueli Keller, Kurt Kneier,
Florian Spiegel, Jean-Jacques Winter, Sandra Steiner,
Ines Weihrauch

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 34 Anwesende = 23

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 22.08.2012, zum Postulat von Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion und Julia Gosteli, Grüne-Fraktion, vom 06.12.2010, betreffend **familienexterner Kinderbetreuung in Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3978 / A
 2. Bericht des Gemeinderates vom 08.08.2012, zum Postulat von Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion, vom 25.01.2012, betreffend **Sicherheit auf Fussgängerstreifen**
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4050 / A
-

3. Motion von Josua M. Studer, SD, vom 19.03.2012, betreffend
Kostenreduktion für Vereine bei Festanlässen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4058

4. Postulat von Josua M. Studer, SD, vom 19.03.2012, betreffend
Zusatzbezeichnung zum Ortsnamen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4060

5. Motion von Florian Spiegel, SVP, Jean-Jacques Winter, SP,
Philippe Hofmann CVP, Matthias Lochmann, FDP, Peter Thomas von Arx,
FDP, vom 20.06.2012, betreffend **Unterkellerung des
Zweifachkindergartens auf dem Areal Sturzenegger**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4077

6. Postulat von Christoph Benz, EVP, Gabi Huschke, SP,
Rahel Balsiger, FDP, Kathrin Gürtler, FDP, Barbara Selinger, EVP,
vom 20.06.2012, betreffend **Unterkellerung Kindergärten (KG)**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4079

7. Postulat von Florian Spiegel, SVP, Jean-Jacques Winter, SP,
Philippe Hofmann, CVP, Matthias Lochmann, FDP, Peter Thomas von Arx,
FDP,
vom 19.06.2012, betreffend „**Pfadi-Räumlichkeiten**“
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4080

8. Postulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 21.06.2012,
betreffend **Nachhaltige zahlbare Alterswohnungen auf den Wegmatten**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4081

9. Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend
Schulhausinterner Mittagstisch für alle Klassen im neuen Schulhaus
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4093

10. Postulat von Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion, vom 12.09.2012, betreffend
Zentrale, neutrale Anlaufstelle für das Projekt „Unser neues Schulhaus“
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4098

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 3 vom 17. Oktober 2012

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Rolf Adam

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Rolf Adam, Präsident: Ich begrüsse Sie zur zweiten Plenarsitzung vom 17. Oktober 2012 und heisse Sie herzlich willkommen. Zuerst möchte ich das Wort an Andreas Bammatter geben.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Es ist mir eine Freude als Landrat heute den höchsten Baselbieter willkommen zu heissen. Unser Präsident, Jürg Degen aus dem Landrat, ist heute anwesend. Er hat es sich zum Ziel gemacht, in den Kommunen zu schauen, wie es läuft. Er stattet nun der grössten Gemeinde des Baselbiets einen Besuch ab. Ich darf ihm im Namen des Gemeinderates ein kleines Präsent überreichen und mit ihm dann auch noch Kontakt aufnehmen. Herzlich willkommen. Er möchte keine Ansprache halten, sondern den Kontakt mit dem Volk.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Rolf Adam, Präsident: Zu den Mitteilungen. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Anträge zu den Budgetpostulaten bis spätestens 14. November eingereicht werden müssen beim Einwohnerratssekretariat.

Der gemischte Chor Frohsinn Allschwil hat eine Einladung versendet. Sie feiern am Samstag das 118-Jährige, 27. Oktober im Pfarreisaal der römisch-katholischen Kirche St. Peter und Paul. Wer Interesse hat, darf sich nach der Sitzung bei mir melden. Ich habe hier noch Anmeldetalons und Coupons für Delegierte.

Mir liegen zwei kleine Anfragen vor. Bei einer Anfrage geht es um den Selbstfinanzierungsgrad 30% und den Fremdfinanzierungsgrad 70%, von der FDP und SP. Bei der anderen Anfrage geht es um aktives Controlling, ebenfalls von der FDP und der SP.

Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig versendet wurde. Gibt es Änderungsanträge? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zu Traktandum 1.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 22.08.2012, zum Postulat von Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion und Julia Gosteli, Grüne-Fraktion, vom 06.12.2010, betreffend familienexterner Kinderbetreuung in Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 3978 / A

Arnold Julier, Gemeinderat: Es freut mich besonders, dass ich dieses Postulat beantworten kann, welches am 26. Oktober 2011 vom Einwohnerrat an den Gemeinderat überwiesen wurde. Während

dieser Zeit gab es ein Gesetz für die familienergänzende Kinderbetreuung, das war ein grosses Thema. Es kam im Frühling zur Abstimmung, das Volk hat dies abgelehnt. Somit bleibt das Famex-Angebot ein freiwilliges Angebot jeder Gemeinde. Bevor wir das Postulat beantworten, wollten wir abwarten, ob das neue Famex-Gesetz vom Volk angenommen wird oder nicht. Im Angebot und im Vergleich, wie Sie es dem Postulat entnehmen können, steht Allschwil sehr gut da mit Plätzen, obwohl es immer anders behauptet wird. Sie können es heute genau vergleichen mit anderen Gemeinden. Wir haben 237 Plätze für familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter. Dazu kommen die 77 Plätze, welche Tageselternvereine betreuen mit 25 Familien. Trotzdem besteht eine Warteliste. Ich habe Ihnen bei der Überweisung dieses Postulats eine Folie aufgelegt mit dem Stand der Warteliste. Sie sehen die Differenz, die inzwischen erfolgt ist, indem neue Plätze geschaffen worden sind, auf privater Basis. Sie sehen, dass die Warteliste aufgeteilt wurde auf das Alter der Kinder, und wie viele Prozente, so wie das gewünscht wurde. Wenn Sie die Beantwortung des Postulats anschauen, dann sehen Sie, dass die Warteliste am 31.12.2011 62 war, und am 31.03.12 71, und am 31.05.2012 86. Das sind die Zahlen, die wir bei der Beantwortung des Postulats hatten. Es kam die Frage, mit was man die Wartezeiten reduzieren kann. Mit den neuen Plätzen wurde die von 12 Monaten im 2011 auf 6 Monate im 2012 reduziert. Eine Verbesserung wäre eine zentrale Koordinationsstelle für die Zuweisungen. Wir sind daran ein Konzept auszuarbeiten. Es ist noch nicht soweit, aber wenn es ausgearbeitet ist, dann werden Sie sicher davon in Kenntnis gesetzt. Die Kosten sind zurzeit CHF 2'300'000, Budget 2012. Nach meiner Einschätzung wird das höher sein, weil der Zuwachs grösser war, als wir es bei der Budgetierung feststellen konnten. Wenn man einen Ausbau machen würde, dann gäbe das zusätzliche Kosten von CHF 900'000 bis CHF 1'000'000. Es ist anzunehmen, dass die Warteliste noch steigt, weil die Prognose auch steigend ist. Die Kosten steigen dementsprechend auch. Es ist nach wie vor auf einer freiwilligen Basis, wie die Gemeinde dies anbietet oder nicht. Ich hoffe, dass wir Ihnen mit dem Postulat Auskunft geben konnten, wie die Situation bei der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulalter aussieht.

Rolf Adam, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Vielen Dank an den Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung. Es ist schön zu lesen, dass Allschwil an der Spitze ist bei den Baselbieter Gemeinden bezüglich der Plätze. Was nicht so schön ist, ist die Warteliste. 86 ist eine grosse Zahl. Die Wartezeit von 6 Monaten ist auch nicht schön. Die Hoffnung, dass mit den zwei neuen Tageskinderkrippen alles besser wird, glaube ich nicht. Diejenige von Actelion ist privat und dort kommen auch Kinder aus anderen Gemeinden. Darum ist diese Hoffnung nicht berechtigt. Gut ist, dass der Gemeinderat die Koordinationsstelle angeht, damit die Daten systematisch erfasst werden können. Man kann dann Auskunft geben und den Handlungsbedarf sehen. Es besteht Handlungsbedarf und es wäre gut, wenn noch mehr Tageskrippenplätze zur Verfügung stehen würden. Es würde der Gemeinde Allschwil gut stehen, sie wäre dann noch mehr an der Spitze. Wir hoffen, dass dies passiert, weil die Bevölkerung wächst und die Bedürfnisse auch.

Ruedy Breitenstein, Grüne/EVP-Fraktion: Danke für den tollen Bericht. Wann kommt die Koordinationsstelle? Ist das nächstes Jahr? Erhalten wir das in sechs Monaten oder in einem Jahr? Hier steht, dass man dies machen möchte.

Arnold Julier, Gemeinderat: Selbstverständlich werden Sie das zur Kenntnis erhalten, wie ich gesagt habe. Wir sind momentan noch daran, es ist die Frage, wer es macht. Liegt das bei der Gemeinde, bei den Tagesheimen oder sonst wo. Wir sind daran, dies zu eruieren, wie es ausgestaltet sein soll. Ich weiss nicht, wann dies kommen wird. Ich denke, dass wir im Verlaufe des nächsten Jahres bis Ende Jahr eine Lösung präsentieren können, wenn alles funktioniert.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP/Parteilos-Fraktion Ich möchte zum ausführlichen Bericht gratulieren. Er ist gut und verständlich. Mich würde interessieren, ob der Gemeinderat für die Koordinationsstelle einen Lohn im 2013 für diese Stelle budgetiert oder wird das erst im 2014 kommen?

Arnold Julier, Gemeinderat: Das kommt erst im 2014. Es ist nicht so einfach, dies zu koordinieren, weil auch Private involviert sind, eine Firma und der Tageselternverein, der relativ massiv ausbaut. Er hat als Verein die Kapazitäten nicht mehr, darum muss man auch dort eine Lösung suchen. Dies muss zuerst geregelt sein, bevor man eine Koordinationsstelle einrichten kann.

Christoph Benz, Grüne/EVP-Fraktion: Ich habe eine Frage zu den Zahlen. Auf Seite 4 steht bei 3.5 etwas zu den Kosten der Betreuungskapazitäten. Wenn wir ausbauen würden, dann müsste man bei 70 Plätzen mit CHF 1'200'000 rechnen und bei 50 Plätzen mit CHF 800'000 bis CHF 900'000. Ich habe das dividiert und komme auf rund CHF 17'000 pro Kind pro Jahr. Ist das die Maximalsumme, die wir jetzt bereits pro Kind pro Jahr ausgeben oder ist das nur ein Durchschnitt?

Arnold Julier, Gemeinderat. Ich glaube, du liest das ein bisschen falsch, das ist ein Beispiel. Es ist die Basis für die Berechnung für 50 Plätze mehr. Heute haben wir 70 öffentliche Tagesheimplätze, die kosten CHF 1'200'000. Auf dieser Basis haben wir berechnet, wie viel die 50 Plätze kosten.

Christoph Benz, Grüne/EVP-Fraktion : Dann habe ich richtig gerechnet. 70 Plätze für CHF 1'200'000 ergibt CHF 17'000 pro Kind. Das ist der heutige Status?

Arnold Julier, Gemeinderat: Heute kosten die zwei öffentlichen Tagesheime CHF 1'200'000. Das war die Basis für die Berechnung für die zusätzlichen Plätze.

Christoph Benz, Grüne/EVP-Fraktion: Ich danke für die Auskunft und staune über diese Zahl.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Es ist immer eine Frage, ob man das Glas halbvoll oder halbleer anschaut. Die Wartezeit wurde immerhin vermindert und wir gehen davon aus, dass die privaten Institutionen so gut wie möglich auf die Nachfrage reagieren werden. Wir empfehlen, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Die CHF 17'000 erstaunen mich auch. CHF 17'000 kosten etwa ein Schüler pro Jahr. Jetzt soll ein Kind auch CHF 17'000 kosten? Ich würde da nochmals nachrechnen, das kann fast nicht sein.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion möchten es nicht unterlassen, dem Gemeinderat für die hervorragende Arbeit zu danken. Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderates.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall und wir kommen zur Detailberatung

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Analyse im Bereich der familienergänzenden Bereuungsangebote (Famex)

3. Antworten des Gemeinderates zu der Fragestellung

4. Antrag

Rolf Adam, Präsident: Der Antrag des Gemeinderates lautet:

Gestützt auf diese Ausführungen wird das Postulat als erledigt abgeschlossen.

://: Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

://: Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

Rolf Adam, Präsident: Bevor wir zum neuen Geschäft kommen, möchte ich den Wunsch äussern, dass man die Karte hochhält. Man sieht das von hier oben viel besser, als wenn die Hand halb oben ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 08.08.2012, zum Postulat von Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion, vom 25.01.2012, betreffend Sicherheit auf Fussgängerstreifen
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4050 / A

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Den Auftrag, die Fussgängerstreifen zu überprüfen bezüglich Sicherheit, haben wir von der Polizei Basel-Landschaft erteilt erhalten anfangs Jahr. Parallel dazu hat Armin Bieri diese Motion eingereicht, die anlässlich der Behandlung am 18. April in ein Postulat umgewandelt wurde. Ich habe damals Ihnen beantragt, das Postulat gar nicht zu überweisen, weil es bereits im Gang ist und gemäss kantonalem Auftrag erfolgt. Sie haben es vorgezogen, es trotzdem zu überweisen und haben damit gewährleistet, dass Sie heute darüber informiert werden. Das mache ich jetzt gerne.

Die Überprüfung war im Juni abgeschlossen. Entsprechend hat Ende Juni der Gemeinderat das Ergebnis zur Kenntnis genommen und die weiteren Schritte beschlossen. Gesamthaft wurden 60 Fussgängerstreifen überprüft, bei 32 hat man Mängel festgestellt. Dabei wurden keine so gravierenden Mängel festgestellt, sodass man Sofortmassnahmen hätte auslösen müssen. Die 32 bemängelnden Fussgängerstreifen möchte man angehen, indem man entweder die Mängel behebt oder, das ist bei drei Fussgängerstreifen der Fall, man hebt sie auf. Die Mängel werden im nächsten und übernächsten Jahr behoben. Die Gesamtsumme beträgt CHF 160'000. Die erste Tranche ist im Budget 2013 eingestellt. Im Bericht erwähnt ist auch die Schwachstellenanalyse für den Fussgänger- und Veloverkehr. Das Ergebnis ist diese Woche auf der Gemeindeverwaltung eingetroffen und wird in den kommenden Wochen im Detail analysiert. Eine erste Sichtung hat gezeigt, dass bezüglich Fussgängerstreifen keine zusätzlichen Erkenntnisse hervorgekommen sind, die diesen Bericht ergänzen oder erweitern würden. Ich hoffe, Sie sind mit dieser Übersicht in der Beilage, wo Sie sehen, wie wir vorgegangen sind und welche 32 Fussgängerstreifen konkret betroffen sind, zufrieden und es entspricht dem Wunsch, den Sie mit dem Postulat an uns getragen haben. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Rolf Adam, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall und wir kommen zur Beratung als Ganzes.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die Sicherheit an Fussgängerstreifen kann man nicht ernst genug nehmen. Ich war sehr erfreut, als ich den Bericht gelesen und gesehen habe, dass man diese Thematik ernsthaft und akribisch angeschaut und auf Mängel untersucht hat. Der Wehrmutstropfen bleibt, die CHF 160'000. Aber die Sicherheit an Fussgängerstreifen kann man nicht ernst genug nehmen. Es ist richtig, dass es ins Budget so eingestellt wurde. Ich möchte dem Gemeinderat danken für die Arbeit. Wir schliessen uns dem Antrag des Gemeinderates an, dieses Postulat zu erledigen.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Vielen Dank für die ausführliche Arbeit. Ich habe mit diesem Postulat offene Türen eingerannt. Ich bin angenehm angetan von der ausführlichen und guten Arbeit. Ich bin sehr froh, dass wir es überwiesen haben. Wir haben jetzt schöne Datenblätter in der Hand von den Fussgängerstreifen. Das ist gut investiertes Geld. Wenn etwas passiert, dann kann man es mit Geld nicht aufheben. Ich habe Freude an diesem Papier und bin dafür, dass wir es abschreiben. Ich werde in einem bis zwei Jahren mit einer kleinen Anfrage oder in der Fragestunde darauf zurückkommen, wie der Stand der Dinge ist.

Lukas Mussler, GLP/BDP/Parteilos-Fraktion: Auch die GLP/BDP-Fraktion möchte sich beim Gemeinderat für den Bericht bedanken. Das Ganze hat Hand und Fuss. Es hat mich persönlich erschreckt, dass 32 von den 60 Fussgängerstreifen, also mehr als 50%, in einem mangelhaften Zustand sind. Ich hoffe, dass wir mit diesem Betrag, den wir sprechen, dies sanieren und in einen Zustand bringen, der allen etwas nützt. Unsere Fraktion wird das Postulat auch als erledigt abschreiben und wir bedanken uns beim Gemeinderat für die gute Arbeit.

Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion: Ich habe in meiner ganzen Einwohnerratskarriere keine so schnelle Reaktion der Gemeinde auf einen Vorstoss erlebt. Das finde ich sehr toll, weil es um die Sicherheit von uns Fussgängern und auch der Velofahrer geht. Wir haben auch vernommen, dass die Schwachstellenanalyse bereits fertig ist. Im Schreiben steht, dass bis diese fertig ist, erst nachher der Gemeinderat beschliesst, welche Sanierungen erfolgen werden. Wir in der EVP/Grüne-Fraktion kritisieren, dass die drei Fussgängerstreifen wegfallen. Die Spitzwaldstrasse ist eine sehr frequentierte Strasse. Wir finden es gut, dass man die Schulhausnähe priorisiert, aber es ist ein Witz, wenn man die Schulwege nicht auch betrachtet. Es gibt viele Kinder, die über die Spitzwaldstrasse in den Kindergarten und in die Schulhäuser müssen. Ich sehe es nicht, dass ein Kind den Umweg macht über die Kreuzung zum anderen parallel verlaufenden Fussgängerstreifen, der dann noch bestehen soll. Wenn man diese drei Fussgängerstreifen streicht, dann sehe ich eine Erhöhung der Unsicherheit und keine Erhöhung der Sicherheit für alle Schüler und Kindergärtner, die dort in die Schule oder in den Kindergarten gehen. Ich bitte Sie, dies nochmals zu überdenken und die Fussgängerstreifen so lässt. Mich würde es auch interessieren, was es kostet, diese zu entfernen. Man redet immer nur von den Sanierungskosten, aber das Entfernen wird nicht erwähnt.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Auch im Namen der FDP-Fraktion bedanken wir uns für den ausführlich informativ guten Bericht. Wir begrüssen es sehr, dass das Resultat schon da ist. Wir haben uns entschieden, dass wir dem Antrag des Gemeinderates folgen werden und das Postulat abschreiben werden.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Direkt zu dem, was Babara Selinger gesagt hat. Ein Fussgängerstreifen kann auch eine falsche Sicherheit vermitteln, indem sich die Fussgänger vermeintlich sicher fühlen, aber es eben doch nicht sind, weil er ungeschickt angebracht ist und von den Autofahrern zu spät realisiert wird. Deshalb meine ich, ist es besser, wenn man einen unsicheren Fussgängerstreifen entfernt, dann weiss auch der Fussgänger, dass er besser aufpassen bzw. auf einen sicheren Fussgängerstreifen ausweichen muss, als dass man einen bestehen lässt, der diese Sicherheit nicht bieten kann, den er vermeintlich vermittelt. Mir ist auch klar, dass wir heute Abend nicht über jeden Fussgängerstreifen separat abstimmen können.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich gehe kurz auf die Frage von Frau Selinger ein. Stephan Wolf hat die Antwort bereits geliefert betreffend der Notwendigkeit. Ein Fussgängerstreifen darf nur dort sein, wo er die Mindestanforderungen des Gesetzes erfüllt. Das hat einen guten Grund. Der Fussgänger darf sich auf dem Fussgängerstreifen sicher fühlen, weil er weiss, dass er nicht nur Vortritt hat, sondern er wird auch gesehen. Wenn er an einem bestimmten Standort dies nicht erfüllt, dann dürfen wir dem Fussgänger nicht diese vermeintliche Sicherheit geben. Wir müssen dem Fussgänger zeigen, dass er hier die Strasse überkehrt, aber keinen Vortritt hat, und er muss selber genau schauen. Selbstverständlich heben wir nicht leichtfertig Fussgängerstreifen auf, aber wenn es an einem Standort nicht möglich ist, dann kann man schauen, ob man das Problem mit einer Verschiebung beheben kann. Wenn die notwendige Frequenz nicht vorhanden ist, die einen Fussgängerstreifen rechtfertigt, auch dafür gibt es im Strassenverkehrsgesetz klare Anforderungen, damit man nicht

beliebig Fussgängerstreifen setzen kann. Es muss auch eine bestimmte Frequenz von Fussgängern vorhanden sein. Dies die Überlegungen, weshalb man am Schluss dazu kommt, einen Fussgängerstreifen aufzuheben. Dies ist letztendlich besser, als einen halberzigen stehen zu lassen. Was kostet es, einen Fussgängerstreifen aufzuheben? Das Schild demontieren, die Beleuchtung ausschalten und den Belag weghobeln, das sind bescheidene Kosten. Wir werden nicht wegen den Kosten Fussgängerstreifen aufheben, das war nie unser Ziel. Wir möchten lieber einen Fussgängerstreifen mit dem fünffachen Betrag in Ordnung bringen. Aber man muss dies mit einem guten Gewissen machen können, damit wir nachher einen guten Fussgängerstreifen haben, der die Anforderungen an die Sicherheit bietet.

Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion: Entschuldigung, dass ich mich nochmals melde, aber vielleicht ist es ein Verständnisproblem von mir. Spitzwaldstrasse nach Sandweg, dann ist das für mich ein Fussgängerstreifen über die Spitzwaldstrasse und nicht über den Sandweg. Diese sind doch klar einsichtig. Ich frage mich, weshalb dies ein unsicherer Fussgängerstreifen sein soll.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Diese Frage können wir heute hier nicht klären. Ich lade Barbara ein, bei der Gemeindepolizei vorbeizuschauen. Melde dich bei Herrn Meier, Leiter Gemeindepolizei. Er wird dies gerne im Detail mit dir anschauen und aufzeigen, weshalb man zu dieser Entscheidung gekommen ist. Wir sind eine transparente Verwaltung und du bist herzlich eingeladen, die Details anzuschauen. Vielleicht können wir so diese Frage klären.

Christoph Benz, Grüne/EVP-Fraktion: Ich habe die Kreuzung an der Spitzwaldstrasse und Jupiterstrasse vielfach mit dem Velo passiert. Ich kann mich nicht auswendig daran erinnern, ob dort ein Fussgängerstreifen mit Insel und Baum steht, aber es hat bestimmt solche. Ich habe mir überlegt, weshalb man sich so viele Mühe gibt, diese wegzunehmen. Frequentiert ist die Strasse durch die Autos. Ich habe natürlich verstanden, dass bei zwei Querungen sich die Frequenz durch zwei teilt. Vielleicht ist das Grund, weshalb ihr einer streichen wollt. Ich gehe die Stelle nochmals anschauen und komme dann nochmals zur Gemeindeverwaltung. Jetzt wäre der Moment, um Geld zu sparen und Sicherheit zu gewinnen.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Wortbegehren? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Antwort des Gemeinderates

3. Antrag

Rolf Adam, Präsident:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat Nr. 4050 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Motion von Josua M. Studer, SD, vom 19.03.2012, betreffend
Kostenreduktion für Vereine bei Festanlässen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4058

Rolf Adam, Präsident: Ich frage die SD-Vertretung, ob sie das Wort ergreifen möchte? Ich gebe Gemeinderat Vogt das Wort.

Robert Vogt, Gemeinderat: Wie Sie wissen, erhebt die Gemeinde keine solche Sitzplatz- oder Festgebühren. Deswegen ist der Antrag des Motionärs eigentlich gegenstandslos.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab.

://:

Diese Motion wird einstimmig nicht überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Postulat von Josua M. Studer, SD, vom 19.03.2012, betreffend
Zusatzbezeichnung zum Ortsnamen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 4060

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Es ging sehr schnell beim vorherigen Traktandum, vielleicht geht es hier ähnlich schnell. Wir haben es im Gemeinderat nur knapp diskutiert. Ihnen ist bekannt, dass man zum Beispiel „Aesch-bigott“ sagt, die schreiben das auch auf dem Papier. Es hiess einmal „Reinach, ein Kaff mit Pfiff“. Heute ist Reinach „die Stadt vor der Stadt“. Wahrscheinlich waren das die Slogans, die Josua Studer dazu bewogen haben, dass sich Allschwil ein ähnliches Emblem geben könnte. Wir vom Gemeinderat meinen, dass wir das so in Allschwil nicht brauchen. Wir bestechen durch unsere Taten und weniger durch Worte oder Slogans. Wir meinen, dass Allschwil als solches ein sehr gutes und wertvolles Label ist. Wir können auf einen Zusatz verzichten.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Postulat wird einstimmig nicht überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Motion von Florian Spiegel, SVP, Jean-Jacques Winter, SP,
Philippe Hofmann CVP, Matthias Lochmann, FDP, Peter Thomas von Arx, FDP,
vom 20.06.2012, betreffend Unterkellerung des Zweifachkindergartens auf dem
Areal Sturzenegger
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4077

Roland Naef, FDP-Fraktion: Das Thema Unterkellerung ist Bestandteil der nächsten zwei Traktanden der heutigen Sitzung. Ich meine, dass man diese beiden Traktanden verschieben sollte. Zurzeit läuft die Submission für Totalunternehmer, die die beiden Kindergärten in den Kosten erfassen. Nachher wissen wir, was die Kindergärten kosten. Bei beiden Kindergärten wird von den Totalunternehmern verlangt, dass sie zwei Varianten rechnen. Eine Variante ist mit Unterkellerung und eine Variante ist ohne Unterkellerung. Abgabetermin für beide Kindergärten ist diesen Freitag, 19. Oktober 2012. Wir wissen nächste Woche, was die Unterkellerung kosten würde. Wenn wir heute Abend die Ausführungen von Christoph Morat hören und in einer Woche haben wir ganz andere Zahlen, dann machen wir uns damit kein Gefallen. Es wäre sinnvoller, dies auf die nächste Sitzung zu verschieben, bis wir die exakten Zahlen haben.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Das war ein wertvolles Votum. Ich denke, dass dies Sinn macht, wenn wir dies abwarten, ausser der Gemeinderat hat diese Zahlen bereits. Ich glaube aber nicht, dass dies der Fall ist. Als einziger Motionär, der noch übrig geblieben ist, würde ich das Begehren stellen, dass wir dies verschieben.

Christoph Morat, Gemeinderat: Die Worte von Roland Naef sind einigermaßen einleuchtend, wenn es nur die Kosten betrifft. Es ist aber so, dass der Gemeinderat nicht nur die Kosten im Auge hat bei diesem Geschäft, sondern auch einen Entscheid möchte, wie wir weiterfahren sollen. Wie ich bereits mehrfach erwähnt habe hier, stehen wir unter einem gewissen Zeitdruck. Wir möchten diesen Tageskindergarten Sturzenegger an der Volksabstimmung vom 3. März dem Volk vorlegen. Wir brauchen vorher genügend Zeit, um zu wissen, was da ist. Die Totalunternehmer müssen eine Variante Keller mit einplanen und eine Variante ohne Keller. Es wäre aber meiner Meinung nach der Tragweite des Entscheids nicht ganz gerecht, wenn man es nur auf die Kosten abstützt. Die ungefähren Kosten eines ausgebauten Kellers oder eines nicht ausgebauten Kellers, wie er in der Motion verlangt wird, können wir ungefähr beziffern. Das ist eine Schätzung nach einer Elementkostenmethode. Ganz genau können wir es erst sagen, wenn wir die Offerten tatsächlich haben. Der Gemeinderat geht bei allen Bedürfnissen und allen Bedarfsplanungen davon aus, was wir wirklich benötigen. Dort priorisieren wir auch. Wir priorisieren zuerst nach gesetzlichem Auftrag, ob wir etwas bauen müssen. Dann stehen selbstverständlich Sicherheitsrichtlinien im Vordergrund. Am Schluss steht das, was sonst noch an Bedarf da ist. Ich möchte es nicht despektierlich nice-to-have nennen. Für uns ist es wichtig, was die Verwaltung an Räumlichkeiten für Verwaltungstätigkeiten benötigt. Schule, Kindergarten, Werkhof, Feuerhof, das sind Gebäude, wo diese Tätigkeiten stattfinden müssen. Das ist in erster Linie das, wonach wir uns leiten lassen bei der Planung des Kindergartens ohne Keller. Es ist kein Novum, dass wir Kindergärten planen ohne Keller. Wir haben selber Kindergärten gebaut in der Metzgersmatten ohne Keller, Schlappematte ohne Keller. Der Pestalozzi-Doppelkindergarten wurde auch ohne Keller gebaut. Dem Gemeinderat ist es wichtig, wohin die Reise gehen soll mit dem Tageskindergarten, damit wir unsere Ressourcen gezielt einsetzen können. Es geht uns nur zu einem Teil um die Kosten, die wir einsparen könnten. Es zieht auch andere Kosten nach sich, je nach dem, was der Einwohnerrat beschliesst und in welchem Ausbaustandard der Keller gestaltet sein soll. Bei der Ausschreibung Tageskindergarten war ganz klar nur von einem rohen Keller die Rede. Den kann man nur gebrauchen, um unkritische Gegenstände einzulagern. Ich kann es mir nicht vorstellen, dass wir in einem unbeheizten Keller mit einem rohen Betonboden, rohen Betonwänden und roher Betondecke ein Archiv einrichten können. Ich kann mir auf keinen Fall vorstellen, dass man Kunstgegenstände in einem solchen Keller unterbringen kann. Aus diesem Grund nimmt der Gemeinderat diese Motion nicht entgegen. Ich möchte den Rat bitten, heute Abend zu einem Entscheid zu kommen, wie wir dort weiterfahren sollen. Ich hoffe, dass dem Antrag des Gemeinderates gefolgt wird.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wir sind der Meinung, dass wir es auf das nächste Mal verschieben sollten. Erstens sind die Hochrechnungen der Gemeinde nicht immer zuverlässig. Es gab Abweichungen, das ist so. Wir haben dann eine Offerte hier, die praktisch verbindlich ist. Es geht nicht nur um das Geld, aber dann können wir alles in einmal behandeln. Das Geld spielt auch eine Rolle und die anderen Aspekte auch. Man kann alles in einmal machen und die Sache ist dann vom Tisch. Wenn wir es in der Novembersitzung machen, dann ist das keine grosse Verschieberei und es gibt keinen grösseren Druck bis im März.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Wir von der SP-Fraktion sind mehrheitlich dafür, dass wir es jetzt bestimmen und festlegen, ob wir das grundsätzlich wollen oder nicht. Es ist auch eine Geldfrage, aber nicht nur. Ein Kindergarten ist nicht der ideale Platz, um andere Tätigkeiten darunter zu haben. Speziell ein Tageskindergarten, wo die Kinder acht Stunden da sind, macht Einschränkungen. Wir möchten dieses Geschäft heute behandeln und sind mehrheitlich dafür, dass dies nicht überwiesen wird.

Christoph Benz, Grüne/EVP-Fraktion: Wir von den Grünen und EVP sehen kein grosses Problem, wenn wir dies heute Abend abschliessen würden. Die Motion gibt klar den Auftrag, der Gemeinderat soll eine Unterkellerung planen. Das Postulat, das wir nachher beraten werden, sagt, es soll geprüft werden, wie teuer es kommt und dies soll in Zukunft bei jedem Kindergarten gemacht werden. Ein Stück weit hat der Gemeinderat dies bereits erfüllt. Er schaut es an und lässt es rechnen. Dass man es auch bei kommenden Kindergärten macht, ist eine Option, über die wir irgendwann befinden können. Ich sehe keinen Grund, weshalb wir dies nicht heute bestimmen können.

Jérôme Mollat, GLP/BDP/Parteilos-Fraktion: Auch wir von der GLP/BDP sind der Meinung, dass wir zuerst genaue Bedarfsabklärungen und eine genaue Kostenprüfung machen müssen im Sinne des Postulats, bevor wir zu einer Entscheidung kommen, ob wir es tatsächlich brauchen. Wir möchten die Motion ablehnen, hingegen würden wir dem Postulat den Vorzug geben, egal ob wir es heute oder erst in einem Monat entscheiden.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Falls sich der Rat dafür entscheidet, dass wir jetzt abschliessend ein Urteil fällen, ob man unterkellert oder nicht, möchte ich dazu bemerken, dass Boden nicht vermehrbar ist. Wenn wir heute einen Kindergarten hinstellen mit dieser Grundfläche, welcher der Dreifachkindergarten hat, in Kenntnis von den Plänen der Kindergärten, dann wäre es fast grobfahrlässig, wenn wir in der heutigen Zeit von verdichtetem Bauen und sorgsamem Umgang mit dem Boden, den Kindergarten nicht unterkellern, unabhängig davon, ob wir es heute brauchen. Wenn ich die Räumlichkeiten sehe, die beim Dreifachkindergarten oder beim Tageskindergarten entstehen würden, dann können wir es uns schlicht nicht leisten in der Zeit von Bodenknappheit dies nicht zu machen.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich kann das Votum von Herrn Naef nur unterstützen. Er stellt einen Rückweisungsantrag. Wenn wir dies in einem Monat mit den Kosten zusammen beraten können, dann ist das eine umfassende Beratung, wo alles berücksichtigt wird. Es ist ein wichtiger Entscheid, der Boden ist nicht vermehrbar, also Achtung. Ich möchte den Antrag von Herrn Naef unterstützen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das ist richtig beim Verdichten. Ich habe bereits im Juni, als wir erstmals über diese Motion geredet haben, in der Sitzung gesagt, dass der teuerste Raum der ist, den man baut, ohne dass man ihn braucht. Im Augenblick haben wir die Kindergärten so geplant, dass wir keine zusätzlichen Räumlichkeiten im Keller benötigen. Wir haben eine Kostenschätzung mit plus/minus 20% vom planenden Architekturbüro, welches das Vorprojekt gemacht hat. Es ist nicht so wichtig, ob dies CHF 50'000 rauf oder runter geht. Es gibt sowieso eine Volksabstimmung. Der teuerste Bau ist das, was oben drauf kommt. Es sind nicht in erster Linie die Kosten, die uns dazu bewegen der Unterkellerung nicht zuzustimmen. Es ist kein Bedürfnis da. Wir haben dort einen Tageskindergarten, der andere Bedürfnisse hat und wo andere Nutzer der Kellergeschosse eher störend wären. Es ist ein grosser Betrieb dort.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Wortbegehren? Das ist nicht der Fall, wir kommen zum Antrag von Roland Naef, ein Rückweisungsantrag. Es braucht ein Zweidrittelsmehr, also 23 Stimmen.

://:

Mit 22 Ja zu 11 Nein bei 1 Enthaltung ist das absolute Mehr von 23 nicht erreicht, Somit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Beratung, ob wir die Motion überweisen möchten oder nicht. Wem darf ich das Wort geben? Kein Wortbegehren, wir kommen zur Abstimmung.

://:

Die Motion wird mit 15 Ja-, 17-Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen nicht überweisen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Postulat von Christoph Benz, EVP, Gabi Huschke, SP, Rahel Balsiger, FDP, Kathrin Gürtler, FDP, Barbara Selinger, EVP, vom 20.06.2012, betreffend Unterkellerung Kindergärten (KG)
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4079

Christoph Benz, Grüne/EVP-Fraktion: Für alle diejenigen, die der Motion nachtrauern, wäre jetzt der Moment, das Postulat zu überweisen. Dann hat die Überlegung, ob wir einen Keller machen oder nicht, in Kenntnis der Zahlen eine zweite Chance. Wir sind für die Überweisung des Postulats.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wie bereits gesagt, uns liegen von einem Architekturbüro, welches das Vorprojekt gemacht hat, gewisse Zahlen vor. Wir gehen davon aus, dass wir das Gebäudevolumen nach einer bestimmten SIA-Norm, einer bestimmten Rechnungslegung, von etwa 933 Kubikmeter beim Sturzenegger-Areal hätten. Wir sind davon ausgegangen, dass wir dies in rohem Zustand rechnen lassen. Das heisst, dass wir ein Loch graben und Bodenplatten reinmachen, Umfassungswände machen und eine Decke, wo der Kindergarten in der vorgesehenen Holzbauweise oben drauf gestellt werden könnte. Wir haben eine Schätzung erhalten von plus/minus 20%, viel genauer ist das in diesem Stadium nicht möglich, und sind dort in einem rohen Zustand bei knapp CHF 400'000 Kosten für diesen Keller. Wir haben auch gefragt, was die ausgebaute Variante kosten würde. Die ausgebaute Variante wäre das Beheizen des Kellers. In der vorhergehenden Motion stand Stau- und Arbeitsräume. Bei Arbeitsräumen wird spätestens beim Baugesuch das Bauinspektorat hellhörig. Sie verlangen Auflagen bezüglich Licht, Lüftung und Heizung etc. Und dann muss der Minergiestandard ins Reine gebracht werden. Da hätten wir Kosten von CHF 470'000 bis CHF 480'000 plus/minus 20%. Damit müsste man rechnen für einen einigermaßen ausgebauten Zustand. Das beinhaltet keine Schränke oder sonst etwas, das ist der Minimalzustand. Das sind die ungefähren Angaben, die wir von einem Architekturbüro schätzen haben lassen. Das ist ein teurer Ausbau für einen nicht definierten Bedarf in dieser Situation, wo wir priorisieren müssen, wo wir das Geld ausbauen. In der letzten Sitzung haben Sie bewilligt, dass wir den Kindergarten Ziegelei bauen. Es kommen noch weitere Sanierungen in mehr oder weniger grossem Umfang bei Schlappematte und Metzgermatte-Kindergarten auf uns zu. Wir sollten davon ausgehen, dass wir nur das bauen, was wir jetzt unbedingt brauchen.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Rund 933 Kubikmeter bei rund CHF 1'000'000 Baukosten, da komme ich auf einen Kubikmeterpreis von CHF 1071.81. Für das baue ich ein sehr gutes Einfamilienhaus. Ich bezweifle diese Kosten. Nächste Woche hätten wir die exakten Kosten. Bei diesem Traktandum geht es schlussendlich um die Kosten und nicht um machen oder nicht machen. Es geht nur um die Kosten. Ich könnte eine Ausführung machen, was bei einer Unterkellerung mehr ist. Es ist nur eine Decke mehr, die Umfassungswände, plus die inneren Wände. Das kann niemals so viel kosten, auch bei plus/minus 20% nicht. Minus 20% sind bereits extrem daneben. Diese Zahl kann nicht stimmen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Bereits vor einem Jahr im Rahmen der Budgetpostulate, als ich die Fireko vertreten habe, habe ich bei mindestens einem Budgetpostulat darauf hingewiesen, dass wir kein Geld haben und vorsichtig sein müssen. Wenn ich heute die Ausführungen von Herrn Morat gehört habe, dann sind wir immer noch dieser Meinung. Die CVP möchte das Postulat nicht entgegennehmen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Danke Herr Naef. Er ist ein Fachmann, er weiss um was es geht. Er zweifelt diese Kosten auch an. Ich hatte vorhin mit meinem Votum doch nicht ganz Unrecht.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Der Boden vermehrt sich nicht und Kindergärten haben einen Bedarf an Lagerraum. Ich finde es wichtig, dass bei jedem Kindergarten geschaut wird, ob es nicht sinnvoll wäre, eine Unterkellerung zu machen oder irgendwo ein zentrales Lager einzurichten. Man kann dann das, was man im Zimmer braucht, dort holen, und es muss nicht oberirdisch in den einzelnen Kindergärten gelagert werden. Deswegen habe ich bei Einreichung des Postulats unterschrieben.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir reden von Bedarf. Das ist ein grosses Wort. Es ist leider niemand hier, der selber einen Kindergarten hat. Ich habe nicht gehört, dass der Bedarf der Kindergärten da ist. Ich habe gehört, dass evtl. ein Bedarf entstehen könnte. Der Gemeinderat sagt, dass wir keinen Bedarf haben. Die gemachten Planungen wurden zusammen mit den Nutzenden der Kindergärten gemacht. Eventuell kommt hier ein Drittnutzer rein. Ich meine, dass man bei Gemeindebauten den Raum nutzen sollte, auch unter dem Boden. Aber der Kindergarten, so wie er ist, entspricht dem Bedarf, das andere sind zusätzliche Kosten. Es soll doch jemand hier drin, der den Keller haben möchte, ein konkretes Beispiel bringen, was er dort drin machen möchte. Wenn man sagt, dass man Stauraum braucht für Kindergärtnerinnen, dann wäre ich froh, wenn man mir sagt, was die dort reintun möchten. In meiner Verwandtschaft gibt es auch jemand, der Kindergärtner ist. Das Thema ist nicht bis hierhin gekommen oder die Verwaltung wollte es nicht hören. Bis jetzt sagt der Gemeinderat, dass er keinen Bedarf hat und es wurde mit den Architekten geplant.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Ich weiss, was im jetzigen Tageskindergarten alles im Keller ist. Ich war vor ein paar Stunden zum letzten Mal dort. Ich weiss, was alles gelagert wird im Keller, und was sie alles brauchen fürs Spielen etc. So unnützlich sind diese Kellerräume sicher nicht. Vielleicht hat man bei der Abklärung mit den Zuständigen, die diese Kindergärten abgeklärt haben zusammen mit dem Architekt, zu wenig geschaut, was in den Kellern steht, Fotokopierer, Material für die verschiedenen Jahreszeiten etc. Dort, wo es Keller hat, hat es relativ viel, und auch von anderen Kindergärten.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte ins gleiche Horn stossen wie Andreas Bammatter vorhin. Wenn ich Gemeinderat Morat richtig verstanden habe, dann ist von den betroffenen Kindergärten kein Bedarf für einen Keller angemeldet worden. Auf Vorrat etwas zu bauen, was viel Geld kostet, welches wir nicht haben, bringt nichts. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir das Postulat nicht entgegennehmen sollten.

Christoph Benz, Grüne/EVP-Fraktion: Wir sind hier drin daran, dieses Postulat zu erfüllen. Wir diskutieren die letzte Viertelstunde über das, was man machen könnte, wenn man wollen würde. Das Postulat will nur prüfen, es will nicht einen Keller bauen. Das Postulat will es gründlich anschauen, durchrechnen, dann kommt diese Diskussion, die wir jetzt haben, und dann kommt ein Entscheid.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion Ich möchte einen Vergleich machen und etwas aus eigener Erfahrung erzählen. Wenn Sie eine Strasse bauen, dann sind Autos drauf. Wenn Sie ein Spital bauen, dann haben Sie Patienten und Patientinnen drin. Das ist beides erwiesen. Soviel zur Bedarfsabklärung. Bevor ich in das Haus ging, wo ich jetzt wohne, hatte ich einen kleinen Keller. Jetzt habe ich einen riesigen, und es hat ein Jahr gebraucht, und jetzt ist er voll.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Wir diskutieren, ob wir auf Vorrat bauen oder nicht. Wenn wir dann plötzlich Bedarf haben, wie bauen wir dann einen Keller darunter? Das ist doch die Frage. Entweder man baut einen Keller oder man baut keinen, ob es Vorrat ist oder nicht. Lieber ein bisschen Vorrat, das ist sicher günstiger. Bauland kann man nicht vermehren. Ich habe den leichten Verdacht, ohne jemanden anzukreiden. Wir haben viele Projekte auf Gemeindeebene, Schulhaus und Kindergärten. Die Angst vor einer Kostenüberschreitung haben alle. Wenn der Gemeinderat die Angst vor der Kostenüberschreitung auf den Einwohnerrat überwälzen möchte, um dann zu sagen, dass dieser ja

dann noch mehr wollte, dann können wir dazu stehen, falls es zu einer Kostenüberschreitung kommt wegen den Kellern.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen nun zur Abstimmung.

://:

Das Postulat wird mit 28 Ja-, zu 5 Nein- Stimmen und 3 Enthaltungen überwiesen.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich habe eine Frage, da wir nun ein paar Aufträge gefasst haben. Es ist mir jetzt nicht ganz klar. Wir haben vorhin die Motion Unterkellerung Sturzenegger-Areal nicht überwiesen. Gemäss dem Beschluss über die Motion gibt es somit keinen Keller beim Sturzenegger-Areal. Nun haben wir ein Postulat überwiesen, wo wir das Sturzenegger-Areal nun wieder mit drin haben. Was denkt hier der Einwohnerrat? Hat er mit dem Sturzenegger-Areal argumentiert oder ohne? Damit dies klar ist für die nächste Sitzung.

Die Motion hat gesagt: Kein Keller, das wurde abgelehnt beim Sturzenegger-Areal. Das Postulat, welches nun überwiesen wurde, redet auch vom Sturzenegger-Areal.

Christoph Benz, Grüne/EVP-Fraktion: Ich habe es so verstanden: Die Motion wurde abgelehnt, damit der Gemeinderat nicht ohne Kostenberechnung einen Job fasst, eine Unterkellerung zu bauen. Das wäre glaub nicht gut gewesen. Nun haben wir den Auftrag mit dem Postulat, dass der Gemeinderat prüfen soll. Nun kommt eine Prüfung mit den Kosten und danach kommt der Entscheid Ja oder Nein, mit Sturzenegger-Areal.

Pascale Uccella, SVP-Fraktion: Ich stelle den Antrag, dass wir darüber abstimmen. Mit Sturzenegger-Areal oder ohne Sturzenegger-Areal.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion : Es hat sich erledigt, danke.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Mit diesem Antrag hat sich dies nun ebenfalls erledigt.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich möchte es nicht komplizierter machen, aber es ist mir wichtig, dass wir hier nicht aneinandergeraten. Die Motion hat gesagt, dass wir das Sturzenegger-Areal mit Unterkellerung realisieren sollen. Dazu wurde nein gesagt. Ich begreife, dass man die Kosten wissen möchte im Rahmen eines Postulats. Hintendran steht natürlich wieder die Frage, ob wir es mit oder ohne Keller machen. Nach der Beantwortung des Postulats kommen wir auf den Motionsbeschluss wieder zurück. Wir hatten auch schon Diskussionen über Formalitäten, und diese Diskussionen möchte ich vermeiden. Wir reden dann von einem Rückkommen, von zwei Dritteln. Um solche unnötige Diskussionen zu vermeiden, möchte ich jetzt einfach klarstellen, was der Wille des Einwohnerrates ist, dann ist das erledigt.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich möchte eine Frage stellen als Nichtjurist. Spielt es eine Rolle, in welcher Reihenfolge wir die Traktanden behandelt haben? Spielt es eine Rolle, dass die Motion das stärkere Instrument ist als das Postulat?

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Jetzt wird es dann doch kompliziert. Die Motion war glasklar auf den Keller im Sturzenegger-Areal ausgerichtet. Zum Keller im Sturzenegger-Areal hiess es unabhängig der Kosten nein. Das ist ein Beschluss, der ganz konkret auf diesen Keller hin gefällt wurde. Beim Postulat geht es grundsätzlich darum, Keller zu prüfen, unter anderem auch beim Sturzenegger-Areal. Wir können diese Kosten nochmals bringen, aber der Beschluss besteht trotzdem, dass der Kindergarten auf dem Sturzenegger-Areal nicht unterkellert werden soll. Wenn man das so möchte, dann ist das okay. Wenn trotzdem die Hoffnung dahinter steht, dass wir wieder auf den Keller im Sturzenegger-Areal zurückkommen, dann müsste man dies jetzt klarstellen.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Wenn wir jetzt diesem Antrag Benz folgt, dann könnten wir dann, wenn wir die Kosten wissen, darauf zurückkommen, ob wir das beim Sturzenegger-Areal nachträglich machen möchten oder nicht. Wir können jederzeit auf einen Entscheid zurückkommen oder nochmals eine Motion einbringen.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Das ist das Problem. Dann braucht es ein Zweidrittelsmehr. Wir haben ein Reglement, darauf müssen wir achten. Wir können nicht nach Opportunität und Zielwünschen argumentieren. Wir sollten es jetzt klarstellen, und dann wissen wir es.

Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion: Wer setzt die Traktandenliste fest? Wird das im Büro diskutiert? Inhaltlich müsste das Postulat vor der Motion kommen, wenn man es ganz genau liest. Deshalb meine ketzerische Frage. Dann wäre nämlich die ganze Diskussion hinfällig.

Rolf Adam, Präsident: Es wird nach den Stärken gemacht. Die Motion ist höher als das Postulat, das ist der Grund.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion. Können wir jetzt bitte über den Antrag abstimmen, dann können wir weiter diskutieren.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über den Antrag von Pascale Uccella ab, der lautet wie folgt: Postulat mit Überweisung inkl. Sturzenegger.

://:

Dem Antrag "inklusive Sturzenegger" wird mit 27 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat von Florian Spiegel, SVP, Jean-Jacques Winter, SP, Philippe Hofmann, CVP, Matthias Lochmann, FDP, Peter Thomas von Arx, FDP, vom 19.06.2012, betreffend „Pfadi-Räumlichkeiten“
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4080

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion Ich habe noch eine Verständnisfrage zum vorhergehenden Beschluss. Wir haben jetzt gesagt, dass es inklusive Sturzenegger ist. Da am Freitag die Zahlen bekannt sind, rechne ich damit, dass uns an der nächsten Sitzung vom Gemeinderat präsentiert wird, was das kostet. Wieso ist das unmöglich? Die Kosten sind bekannt. Zwischen Freitag und der nächsten Sitzung sollte dies möglich sein.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir haben ein Submissionsgesetz. Am nächsten Freitag ist erst die Couvertöffnung. Wir haben dann die aktuellen Preise der Unternehmer. Was wir bis dahin nicht gemacht haben und was wir auch bis zur nächsten Sitzung nicht machen können, ist eine genaue Prüfung. Wir wissen nicht genau, wie viele Angebote überprüft werden müssen, damit wir es überhaupt präsentieren dürfen. Wir dürfen auf keinen Fall Zahlen im Voraus bekannt geben, bevor kein Vergabeantrag im Gemeinderat beraten und beschlossen wurde. Der weitere Fahrplan ist, dass wir am 12. Dezember hier drin über den Bau des Tageskindergartens abstimmen. Bis dann haben wir diese Zahlen geprüft und bis dann können wir einen Vergabeantrag machen. Es ist nicht möglich, diese Sachen innerhalb eines Monats aufzubereiten. Wir sind eng im Fahrplan. Wir möchten gelegentlich darüber reden, damit die Volksabstimmung im März stattfinden kann. Auf keinen Fall sind wir mit einer Zahl in einem Monat hier parat.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen wieder zurück zum Geschäft 4080.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich verstehe diese Frage als eine rhetorische, weil ich der einzige bin, der noch hier ist. Der Antrag hiess, dass im vorliegenden Fall konkret Hilfe angeboten werden soll. Ich denke, es betrifft Gemeinderat Morat. Ich möchte ihn um Auskunft bitten, ob konkret Hilfe angeboten wurde. Das ist für mich dann erfüllt, wenn er mit Leuten der Pfadi in Kontakt getreten ist oder wenn ein Austausch stattgefunden hat, damit wir wissen, auf welcher Basis sich die Gemeinde diesem Problem angenähert hat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Der Kontakt mit den Pfadi besteht seit längerem. Die Pfadi war mit einer kleineren Delegation beim Gemeindepräsident und haben Kontakt aufgenommen. Im Rahmen unserer Möglichkeiten sind wir immer bereit, Leuten unterstützend zur Seite zu stehen. Wir werden immer wieder angefragt von KMU und Einzelfirmen. Wir werden auch immer wieder von Vereinen angefragt, die irgendwelchen Raumbedarf haben. Aktuell hat die Gemeinde Allschwil keine Räumlichkeiten, welche sie einfach so den Pfadi zur Verfügung stellen könnte. Man hat verschiedene Kontakte geknüpft. Der Gemeindepräsident hat in diesem Gespräch verschiedene Variante aufgezeigt und hat diese Kontakte den Mitgliedern der Pfadi mit auf den Weg gegeben. Insofern ist hier etwas passiert. Man konnte auch im Allschwilerblättli letzte oder vorletzte Woche lesen, dass es einen runden Tisch gegeben hat zwischen dem katholischen Frauenverein, der katholischen Kirche und der Pfadi. Dort sind Verhandlungen nach wie vor im Gange. Es ist jetzt nicht so, dass es bereits fünf vor zwölf, geschweige denn fünf nach zwölf ist. Es ist nicht das Interesse des Gemeinderates, dass eine grosse und engagierte Jugendorganisation wie die Pfadi Allschwil ohne Lokalität dasteht. Im Rahmen der Möglichkeiten werden wir sicher unsere Hilfe anbieten. Diese Hilfe kann sich nur darauf begrenzen, dass wir Kontakte weitergeben und Netzwerk betreiben. Eine direkte Hilfe können wir nicht anbieten, weil wir keine geeigneten Räumlichkeiten im Augenblick zur Verfügung haben. Aus diesem Grund konnten wir das Postulat so nicht entgegennehmen.

Daniela Werren, SP-Fraktion: Ich möchte noch ein bisschen mehr zu dem Thema sagen. Die Pfadi als zweitgrösste Jugendorganisation in Allschwil ermöglicht vielen Kindern, egal aus welcher sozialen Schicht sie kommen und ohne Leistungsdenken, bezahlbare und sinnvolle Freizeitgestaltung. Das ist in der heutigen Zeit umso wichtiger und gar nicht selbstverständlich. Die Pfadi macht viel präventive Arbeit, welche uns vor Folgekosten schützt. Nicht zu vergessen, wichtige Führungsfähigkeiten für die spätere Karriere und generell im Leben können dort gratis erworben werden. Das ganze Engagement ist ehrenamtlich. Müsste die Gemeinde die Jugendorganisation führen, dann wäre das mit weiteren Kosten verbunden. Eine attraktive Gemeinde, die Allschwil sein möchte, lebt auch von Freizeitorganisationen und darum finden wir in unserer Fraktion, dass man dieses Postulat unterstützen und überweisen sollte.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion möchten zuerst einmal mehr zum Ausdruck bringen, dass die Pfadi sowie auch andere Jugendorganisationen wertvolle Arbeit leisten. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde sein kann, Räume für Vereine zur Verfügung zu stellen, also auch nicht für die Pfadi. Die Pfadi hat übrigens von der SEVAS Räumlichkeiten angeboten erhalten, ob sie diese annehmen oder nicht, steht noch im Raum. Für die FDP-Fraktion schafft dies ein Präjudiz, wenn die Gemeinde dies übernehmen würde. Aus diesen Gründen lehnt die FDP die Überweisung ab.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich persönlich bezweifle nicht, dass die Pfadi einen wertvollen Beitrag leistet für eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Neben der Pfadi gibt es viele andere Organisationen, Blauring, CEVI etc. Wenn wir jetzt die Pfadi einseitig bevorzugen, dann lässt sich dies mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung, welcher im Gesetz verankert ist, nicht rechtfertigen. Ich meine, dass man das Postulat nicht entgegennehmen darf.

Rolf Adam, Präsident: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann kommen wir zur Abstimmung.

://:

Das Postulat wird mit 11 Ja-, 22 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung nicht überwiesen.

PAUSE

INFO-FENSTER

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich möchte nur kurz etwas sagen, wahrscheinlich haben es bereits alle gelesen, aber so kommt es in das Protokoll. Wir hatten eine Beschwerde gegen den Einwohnerratsbeschluss betreffend der Wahl des Wahlbüros. Diese Beschwerde wurde definitiv abgewiesen, sodass das Wahlbüro und damit auch die Präsidentin rechtskräftig gewählt sind.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere News vom Gemeinderat? Das ist nicht der Fall, wir kommen zu Traktandum 8.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Postulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 21.06.2012,
betreffend Nachhaltige zahlbare Alterswohnungen auf den Wegmatten
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4081

Arnold Julier, Gemeinderat: Sie kennen alle dieses Papier, Masterplan Wegmatten. Dieser wurde vom Volk angenommen. Der Gemeinderat hat sich Gedanken gemacht, wie es weitergehen soll. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass wir eine Testplanung über die Wegmatten machen. Ein Drittel ist Park, ein Drittel Reserve und ein Drittel ist Wohnen. Der Testplan wäre über das ganze Gebiet. Es gibt auch noch einen Workshop, wo der Gesamtgemeinderat dies begutachtet und die Anforderungen an betreutes Wohnen im Alter erarbeitet. Wir müssen Investoren haben für das Ganze. Die Investoren sind mir im Moment noch nicht bekannt, es wurde auch noch nicht ausgeschrieben. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass wir nicht bereits jetzt Bedingungen an die Überbauung knüpfen sollen. Das betreute Wohnen ist das einzige, das muss kommen und dafür setzen wir uns ein. Damit dies nicht gefährdet ist, sollten wir nicht jetzt bereits Fesseln anlegen und Situationen verlangen an die Investoren, sodass wir dann Mühe haben werden, Investoren zu finden. Der Gemeinderat möchte diesen Testplan machen und er ist der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Gemeinderates ist, eine Wohngenossenschaft zu gründen. Vielleicht gibt es einen Investor, der dort genossenschaftlichen Wohnungsbau machen möchte neben dem betreuten Wohnen. Das sind die Argumente, welche der Gemeinderat hat, nämlich dies nicht jetzt bereits zu belasten mit irgendwelchen Vorgaben, welche die Investoren davon abhält.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Nach der Abstimmung über die Wegmatten habe ich das vorliegende Postulat formuliert und eingereicht. Der Zeitpunkt war günstig, ich möchte nicht wiederholen, was wir vorhin alles diskutiert haben, weil wir zu spät sind und Zeitdruck da ist. Ich bin erstaunt, dass nach diesen Worten des Gemeinderates Julier mit dem Workshop, von dem ich angenommen habe, dass er kommt, der Gemeinderat dies bereits in der ersten Sitzung auf die Traktandenliste gesetzt hat. Wenn er die Möglichkeit gehabt hätte, den Workshop einzuleiten, dann hätte man das noch ruhen lassen können. So schlimm wäre das nicht, wir warten auch auf andere Sachen. Jetzt möchte es der Gemeinderat nicht einmal annehmen. Er könnte es prüfen und berichten, dafür hätte er ein Jahr Zeit. Jetzt haben wir, das wissen alle hier drin, seit Jahren darum gekämpft, dass wir für die dritte und vierte Generation – wir reden von vier Generationen, das sehen Sie auf der Fussnote unten – seniorengerechten angemessenen Wohnraum schaffen müssen. Ich finde es sinnvoll und notwendig, dass wir alle Möglichkeiten prüfen. Der Gemeinderat sagt, es wäre nicht nötig

oder der Zeitpunkt ist nicht in Ordnung. Ich frage mich, weshalb er es auf die Traktandenliste genommen hat.

Zu den Anliegen. Genossenschaften sind dafür bekannt, weil die Solidarität hoch ist, dass sie lang halten. Das sieht man in Basel und in Allschwil. Sie sind geeignet für ein Generationenprojekt, wie wir es hier brauchen. Wir kennen auch solche Projekte im Kanton, die umgesetzt wurden, zum Beispiel unsere Benchmark-Gemeinde Reinach ist jetzt auch daran. Die Genossenschaftsüberbauung heisst Bodmen und ist ein Wohnzentrum mit Serviceleistungen. Weitere Wohnbaugenossenschaften gibt es bereits - wir haben eine Petition eingereicht im 2009, das steht auch im Postulat – in Gelterkinden, Mutten, Lausen, Bottmingen, nur um ein paar zu nennen. Man müsste das Rad nicht neu erfinden. Die Bürgergemeinde will als Investor seit Jahren Land suchen. Selbstverständlich hat die Bürgergemeinde ein Interesse daran, ihr Geld gewinnbringend anzulegen. Sie möchten für Senioren etwas tun. Als Partner sind sie in und für Allschwil ein sicherer Wert. Das Risiko der Spekulation ist bei der Bürgergemeinde klein bis nicht vorhanden. Es wäre eine grosse Chance, wenn sich die Bürgergemeinde und die politische Gemeinde zusammensetzen würden und beide einen Schritt aufeinander zugehen würden und das Projekt ausschaffen. Man kann mit dem Baurechtszins arbeiten und man kann mit dem Investitionsgeld arbeiten, um für uns Allschwilerinnen und Allschwiler etwas zu machen.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Warum melde ich mich so früh? Das mache ich, damit wir nicht etwas kontrovers diskutieren, wo gar keine Kontroverse sein muss. Es gibt den Begriff SOP, Standing Operation Procedere. Genau davon reden wir bei diesem Postulat. Wenn der Gemeinderat dies nicht entgegennehmen möchte, dann nicht weil er die Idee nicht gut findet. Wir machen das sowieso und wir prüfen es sowieso, es ist für uns ein Thema. Wir können nicht überall dort, wo wir ohnehin daran sind, immer wieder auf Vorstösse eingehen. Genossenschaftlicher Wohnungsbau oder Wohnungsbau für ältere Personen sind Optionen. Aber der Markt soll entscheiden aus Sicht des Gemeinderates, welche Organisationsform sich am Schluss durchsetzt. Es kann sich ohne weiteres jederzeit eine Genossenschaft gründen. Im Rahmen des Investitionswettbewerbs oder der Ausschreibung kann man sich melden und sich interessieren für die Überbauung. Das ist ein Teil eines möglichen Lösungsansatzes, der selbstverständlich diskutiert wird und dem wir uns nicht verschliessen werden. Es ist ganz klar SOP. Die Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde. Es sieht vielleicht nicht immer so aus, aber wir arbeiten enorm viel, und wir sind mit der Bürgergemeinde schon mehrfach am Tisch gesessen. Wir haben Opportunities und Threats miteinander besprochen. Es ist schwierig Diskussionen zu führen, wenn man solche Vertragsverhandlungen oder mögliche Zusammenarbeitsverhandlungen in der Öffentlichkeit diskutiert, bevor wir in irgendeiner Form Grund und Boden geschaffen haben, um eine Diskussion zu führen. Ich kann sagen: Ja ja ja. Wir müssen dies nicht kontrovers miteinander diskutieren. Wir werden selbstverständlich den genossenschaftlichen Wohnungsbau als Aspekt einbeziehen. Es ist nicht das Ziel, dies zum jetzigen Zeitpunkt zu priorisieren. Wir sind selbstverständlich mit der Bürgergemeinde in Kontakt, wir sind bereits zusammengesessen, sie waren beim Gemeinderat. Wir werden im November wieder eine Sitzung mit ihnen haben. Da ist keine böse Absicht dahinter, wir sind daran. Es geht nicht darum, ein Postulat zu verhindern.

Ruedy Breitenstein, Grüne/EVP-Fraktion: Ich glaube, was eben gesagt wurde. Es sind andere Geldgeber, die eine Genossenschaft finanzieren als solche, die normale Wohnungen finanzieren. Wenn der Gemeinderat dies fördert, sodass Genossenschaften von Anfang an bessere Chancen hätten, dann kämen mehr Geldgeber, die eine Genossenschaft verwirklichen könnten.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Das Problem ist die Förderung. Wir fördern sie ideell, meistens wird aber eine finanzielle Förderung erwartet. Die ideelle Förderung ist vorhanden. Wir werden dort mit einem Quartierplan verfahren. Wir haben bei allen grossen Parzellen eine Quartierplanpflicht. Wir werden die Zielsetzung, die wir diskutieren über den Quartierplanvertrag einbringen. Die gleichen Diskussionen haben wir bei Langmatten II geführt, wo einzelne von Ihnen dies bereits angeschaut haben in der VPK. Genau gleich werden wir dort schauen. Wir stehen dazu, wir haben es im Gemeinderat lange diskutiert. Sie können es nachlesen im Alterskonzept, da steht moderate Zinsen oder moderate Baurechtszinsen. Wir haben lange diskutiert und haben uns auf die Aussage moderat geeinigt. Die Zielsetzung des Gemeinderates ist definiert. Ein moderater Mietzins bedeutet, dass er bei einer EL-Miete eines Ein- oder Zweizimmerhaushaltes liegt, sodass zumindest Ergänzungsleistungsniveau dort angeboten wird. Das ist die materielle Zielsetzung des

Gemeinderates, weniger die Organisationsform, die dahintersteckt. Das kann letztendlich auch eine AG machen oder ein Privater, die SUVA oder ein institutioneller Anleger. Diese Zielsetzung erreichen wir nicht nur mit der Genossenschaft. Die Idee ist nur, dass wir den Fächer offen halten möchten. Die materielle Zielsetzung steht im Alterskonzept, moderater Baurechtszins muss angeboten werden. Wir möchten altersgerechten Wohnraum bauen. Die alten Wohnungen sind alle nicht altersgerecht, obwohl diese günstig wären. Genau diese Wohnungen, die wir fürs Alter zur Verfügung stellen möchten, sind teure Wohnungen, weil sie neu gebaut sind, Sie sind hindernisfrei und altersgerecht für das betreute Wohnen. Das ist eine Herausforderung. Wir möchten teure Wohnungen günstig abgeben. Es ist nicht einfach zu verhandeln, insbesondere mit einem privaten Investor. Langmatten II hat gezeigt, dass es möglich ist. Genau in dieser Art möchten wir in diesem schwierigen Umfeld die Zielsetzung umsetzen, moderate Mietzinse, sprich mindestens einen bestimmten Anteil an EL-Miete garantieren. Das ist die Strategie. Die Strategie ist nicht mit der Definition der juristischen Person verbunden, sondern es ist eine materielle Strategie. Bei dieser Zielsetzung bestehen keine Differenzen.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP/Parteilos-Fraktion: Wir möchten uns auch äussern. Der Postulant weiss, weshalb wir den Gemeinderat unterstützen. Ich kenne mich beruflich sehr gut aus mit Genossenschaften und betreutem Wohnen, aus Erfahrung und aus der Ausbildung. Ich habe mich auch im Internet schlau gemacht. Es gibt die Genossenschaft Betreutes Wohnen Appenzell. Wenn ich die Statuten lesen, dann sehe ich einige Nachteile, die es geben könnte. Der heutige Zeitpunkt ist verfrüht, um jetzt bereits darüber zu reden. Auch der Bund fördert solche Überbauungen oder Land. Wir haben Subventionen in den Wohnungsbau für betreutes Wohnen etc. Der Gemeinderat muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, die vorhanden sind, damit er damit arbeiten kann. Im Alter haben wir drei Lebensphasen, nämlich ein autonomes Alter, ein fragiles Alter und ein pflegebedürftiges und abhängiges Alter. Alle diese Sachen müssen in diese Planung einfließen, die der Gemeinderat macht und bereits daran ist. Wir würden ihn mehr hindern als fördern, wenn wir diesem Postulat zustimmen. Es könnte noch einiges als Postulat gemacht werden in dieser Richtung. Es wäre jetzt nichts Schlimmes, wenn wir hier die Meinung des Gemeinderates unterstützen würden. Das ist die Meinung der GLP/BDP-Fraktion. Wir möchten das Postulat ablehnen aus diesen Gründen, die ich jetzt genannt habe.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wir von der SVP-Fraktion haben uns die Frage gestellt, ob es verfrüht ist, angesichts dessen wir bereits Alterswohnungen haben beim Alterszentrum. Diese werden bereits fremdvermietet, da sind auch andere Leute sind. Da sind nicht nur ältere Leute, sondern auch andere kleine Familien. Aktuell kommt die Langmatten II, diese bringt auch wieder 38 Alterswohnungen. Langsam und stetig wird das Bedürfnis abgedeckt. Man muss schrittweise vorgehen und nicht jetzt sofort etwas machen. Ich weiss nicht, ob dann die Nachfrage wirklich so gross da ist, damit diese Wohnungen auch besetzt sind. Ist der Gemeinderat in Kenntnis davon, wie viele von diesen Alterswohnungen an Drittpersonen vermietet wurden beim Alterszentrum?

Arnold Julier, Gemeinderat: Die sind alle fremdvermietet. Das Alterszentrum betreibt sie, aber jeder kann sich dort anmelden und dort wohnen. Es gibt kein Hindernis. Es hat auch grössere Wohnungen, es gibt auch Viereinhalbzimmerwohnungen und Dreieinhalbzimmerwohnungen, dort wohnen Familien drin. Das Alter ist natürlich dort gefragt, weil es hauptsächlich Einzimmerwohnungen sind, und daran haben nicht viele Leute Interesse. Es hat auch Leute, die 65 sind und ihren Haushalt selber machen. Die sind nicht pflegebedürftig oder sie werden betreut durch die Spitex. Dort wohnen einfach Leute, so wie du auch.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wenn ich das richtig verstanden habe, dann sind das nicht nur ausdrücklich Alterswohnungen. Ist das richtig?

Arnold Julier, Gemeinderat: Es hat auch grössere Wohnungen, aber es wohnen dort fast nur alte Leute. Meistens sind es Einzimmerwohnungen, oder sonst Zwei- bis Dreizimmerwohnungen, da ist dann ein Ehepaar drin. Da sind alles alte Leute, da sind keine jungen. Ich verstehe den Begriff fremd oder extern nicht.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Das sind kleinere Familien, Alleinerziehende respektive Dreipersonenhaushalte. Das weiss ich jetzt von ein bis zwei Familien, die ich kenne und die dort wohnen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Das ist eine Viereinhalbzimmerwohnung und es hat noch zwei Dreieinhalbzimmerwohnungen. Ansonsten sind es alles Einzimmer- oder Zweizimmerwohnungen, und dort sind alles ältere Leute. Teilweise mit einer Spitexpflege und teilweise brauchen sie keine Pflege. Dass da von Frankreich oder von Deutschland Leute hierherkommen und dort sind, das ist nicht der Fall.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Der Gemeinderat hat vorhin sehr glaubhaft ausgeführt, dass er daran ist, die Verhandlungen zu führen und alles in die Wege zu leiten. Wir von der CVP-Fraktion sind der Meinung, dass man dem Gemeinderat diese Arbeit nicht unnötig erschweren sollte, indem wir mit diesem Postulat unnötig Steine in den Weg legen. Das Postulat ist letztendlich eher kontraproduktiv für den weiteren Verlauf des Verfahrens. Die CVP ist der Meinung, dass wir das Postulat nicht entgegennehmen sollten.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion sind der Meinung, dass wir hier in einer sehr frühen Phase der Planung sind. Diese Phase können wir ruhig in den Händen des Gemeinderates lassen, ohne dass wir vom Einwohnerrat bereits eine Richtung vorgeben. Den Ausführungen des Gemeinderates kann man entnehmen, dass sie auf verschiedenen Schienen Abklärungen machen. Im nächsten Jahr können wir bei einem Workshop auch mitreden.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Es freut mich, dass der Gemeinderat im Sinne einer dringlichen Interpellation viele Fragen beantwortet hat. So ist es öffentlich, das war ein Anliegen von mir. Ich wiederhole nochmals, dass ich ein Postulat eingereicht habe, welches überwiesen wurde. Es liegt seit zwei Jahren und ihr hättet die Zeit gehabt und dies später auf die Traktandenliste setzen können. Ich verstehe es formell nicht, weshalb dies so früh kommt. Ich bin aber jetzt zufrieden, dass hier viele Fragen in der Diskussion sind. Ich werde auch entsprechend Fragen stellen, allenfalls auch eine Interpellation, falls nötig. Mir ist es ein Anliegen, dass etwas geht, und ich möchte den Gemeinderat nicht behindern. Ich bin froh, dass ich gehört habe, dass der Gemeinderat alle Varianten prüft. Ich freue mich auch auf die Workshops.

Kurz zu Herrn Zimmermann. Herr Julier hat es nicht gesagt, aber er weiss es ganz genau. Diese Alterswohnungen werden renoviert und somit fallen einige weg. Es gibt momentan einen Aufnahmestopp bei den Alterswohnungen. Man kann nicht sagen, dass der Bedarf gedeckt ist. Eines der Gebäude wird leergestellt und die Bewohnerinnen und Bewohner müssen dann umziehen. Ich weiss dies aus eigener verwandtschaftlicher Erfahrung, dass dem so ist. Ich habe das Glück, dass ich in einem Einfamilienhaus wohne, das eine Treppe hat und das Bad ist oben. Ich bin die zweite Generation dort drin, die erste Generation ist 80 und älter. Diese gehen nicht mehr in den ersten Stock ohne Spitex. Sie haben einen niedrigen Mietzins. Wenn sie diese Wohnungen freimachen, wie ich das auch im Sinn habe und dies meine Eltern auch gemacht haben, dann können dort wieder Familien rein. Wir brauchen Ein- bis Zweizimmerwohnungen, damit die anderen Wohnräume, die jetzt von ein oder zwei Personen belegt sind, frei werden. Wir müssen nicht noch mehr verbauen, sondern wir können den Wohnraum sinnvoller nützen.

Zu den Zahlen, der Gemeinderat hat es gemacht im Alterskonzept. Der Bedarf für die dritte und vierte Generation in Allschwil ist ausgerechnet. Wir müssen Schritt für Schritt diese Wohnungen bauen. Dass einmal eine Drei- oder Vierzimmerwohnung noch anders benutzt wird, kann ich verstehen. Ich danke dem Gemeinderat für diese dringliche Interpellation. Ich bitte nochmals, falls es verfrüht ist, dass der Gemeinderat schaut, dass es nicht dann auf die Traktandenliste kommt oder das Postulat anzunehmen und entsprechend zu warten, bis er eine Antwort geben kann. So legen wir einander gegenseitig Steine in den Weg.

Christoph Benz, Grüne/EVP-Fraktion: Ich war nicht für die Wegmattenüberbauung. Das Stimmvolk hat entschieden, dass es überbaut wird. Wenn man es schon überbauen muss, dann möchte ich das Optimum herausholen. Vom Gemeinderat kam der Wunsch, dass der Markt entscheiden soll. Der

Markt kommt, wenn es nach mir gehen würde, etwas weiter hinten. Ich wohne seit rund 10 Jahren in Genossenschaften. Ich stelle fest, dass es finanziellen Spielraum gibt für verschiedene Leute. Dies fängt an bei jungen Leuten und geht bis zu IV-Bezüger. Das sind Leute, die in dieser Situation KMU und Firmen gründen können. In diesem Sinne ist es auch wirtschaftsfördernd. Eine Genossenschaft ist eine Non-Profit-Organisation, das ist bewusst kein freier Markt. Die Rendite fliesst zurück in die Genossenschaft und innerhalb von rund 40 Jahren werden die Mietzinse so günstig, sodass man sich fast schämt, wenn man sagt, wie wenig man bezahlt. Der freie Markt kommt dann ins Spiel, wenn festgelegt wird, dass nicht nur alte Leute dort wohnen sollen. Wenn es einfach genossenschaftliche Wohnungen sind in unterschiedlicher Grösse, dann kann der Markt spielen, wer dort einzieht. In der Metzgermatte, wo ich wohne, hat es viele Leute, die ins Alter gekommen sind. Diese können sehr lange dort wohnen bleiben, weil sie fast schwellenlos und mit Lift dort leben können. Sie haben ein soziales Umfeld, welches mehr oder weniger bleibt. Sie haben gute Leistungen und sie können eigenständig bleiben. Und es ist zahlbar. Ich möchte dem Gemeinderat keine Steine in den Weg legen mit diesem Postulat. Jetzt ist der Moment, wenn wir das wollen, um den Nagel einzuschlagen, wir wollen die Richtung einschlagen von günstigem und bezahlbarem Wohnraum. Das erreicht man am besten mit Land im Baurechtszins. Basel-Stadt hat viel Land, welches sie Genossenschaften im Baurecht abgibt. Nur weil es der Spekulation und dem freien Markt entzogen wird, gibt es günstigen Wohnraum. Ich finde es gar nicht schlecht, dass es der Gemeinderat jetzt auf die Traktandenliste gebracht hat.

Anton Lauber, Gemeinderat: Geht bitte vom Alterskonzept aus und bitte löst euch von dem sogenannten freien Markt ideologisch. Auch Genossenschaften sind auf dem freien Markt. Langmatte II ist ein guter Beweis dafür, dass die Zielsetzungen der Gemeinde nicht nur über den genossenschaftlichen Weg realisiert werden können. Es sind nicht alles Aasgeier. Betreutes Wohnen ist heute ein Verkaufsschlager. Es ist ganz klar, dass heutzutage die Investoren, ob es denn Genossenschaften sind oder andere, auch wissen, dass es immer mehr alte Menschen gibt, die mehr Wohnraum benötigen. Die hat man als Kundschaft entdeckt. Im Alterskonzept haben wir ganz klar deklariert, was unter betreutem Wohnen zu verstehen ist. Es gibt vier klar Merkmale. Zu dem, was Simon Zimmermann gesagt hat. Ja, es ist so, am Schluss entscheidet der Markt, wer in welche Wohnung kommt. Es ist schwierig zu kontrollieren, dass jemand dann wirklich in betreutem Wohnen ist. Eine Wohnung leerstehen zu lassen, weil man nicht gerade einen Betreuten findet, kann sich auch eine Genossenschaft nicht leisten. Es gibt eine gewisse Dynamik in der ganzen Diskussion. Das haben wir auch mit Investoren thematisiert. Diese Frage stellt sich auch beim Alterszentrum. Das Schlimmste, das passieren kann, sind Leerstände. An diesen Diskussionen sind wir. Wir reden hier von mächtig viel Geld. Ich weiss nicht, wie viele Investoren vorhanden sind, die ein solches Projekt Wegmatten stellen können. Das ist eine riesige Parzelle. Auch darum ist es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich und nicht sinnvoll, sich jetzt in eine bestimmte Richtung Fesseln anzulegen. Vielleicht sind wir jetzt am Schluss froh, wenn ein grosser Institutioneller kommt. Das war auch die Diskussion mit der Bürgergemeinde. Wenn wir von CHF 100'000'000 reden, dann ist das viel Geld. Es stellt sich die Frage, ob noch ein Partner dazukommen soll. Das sind komplexe Fragen, die wir nicht so schnell miteinander über den Tisch brechen können, sondern seriös und stetig erarbeiten müssen.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP/Parteilos: Ich höre hier immer nur Genossenschaften und Non-Profit-Organisation. Bitte behaltet auch im Hinterkopf, dass auch eine Stiftung eine Non-Profit-Organisation ist. Auch eine Stiftung kann das wahrnehmen, was eine Genossenschaft wahrnehmen könnte. Aus diesem Grund müssen wir dem Gemeinderat den Lauf lassen, wie er vorgeht. Er soll dies in Angriff nehmen. Wenn es soweit ist, dann können wir wieder mitdiskutieren, dies einfach zur Erinnerung. Ich denke mir, dass ältere Leute, die sich im betreuten Wohnen sehr wohl fühlen und keinen Anhang haben, eher bereit sind, ein Legat in eine Stiftung zu geben als in eine Genossenschaft. Das ist ein anderer Aspekt, den man sich auch überlegen könnte.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich schaue, dass wir zum Schluss kommen, wir haben noch zwei weitere Traktanden. Ich werde das Postulat zurückziehen. Der Zeitpunkt ist falsch. Das habe ich gesehen, aber ich war nicht derjenige, der es auf die Traktandenliste gesetzt hat. Ich bin erstaunt darüber, dass Gemeindepräsident Anton Lauber nun von CHF 100'000'000 redet. Hier drin haben wir gesagt, dass die Wegmatten in drei Etappen überbaut werden kann. Wir haben nicht gesagt, Teil 1 alles zusammen, Teil 2 so und Teil 3 so. Wir können dies in 20 Jahren überbauen, wir können eine Parzellierung machen. Eine Bürgergemeinde kann ihren Abschnitt vom Kuchen haben und anfangen.

Man kann bedarfsgerecht diese Wohnungen machen. Auch eine Genossenschaft hat die Möglichkeit weiter zu gehen. Der Gemeinderat hat die Möglichkeit es zu parzellieren. Wir müssen hier nicht von CHF 100'000'000 reden. Ich ziehe das Postulat zurück.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Man kann Differenzen auch heranreden, da stehen wir kurz davor. Ich weiss es auch nicht, was es am Schluss kostet. Es ist überhaupt kein Thema, dass wir es nicht parzellieren, nicht partnerschaftlich lösen, nicht mit mehreren Investoren, nicht etapieren, das ist alles überhaupt kein Thema, das ist klar, aber es ist sehr komplex. Das ist das einzige, was ich dazu sagen kann. Zurzeit haben wir keine Differenzen zu diesem Thema, es ist alles offen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend
Schulhausinterner Mittagstisch für alle Klassen im neuen Schulhaus
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4093

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich habe die unglückliche Aufgabe jetzt an 9. Stelle, aber zum 7. Mail zu sagen: Nichtentgegennahme. Der Gemeinderat ist in meiner Wahrnehmung nicht ein so negativer Haufen, das hat sich jetzt so ergeben. Ich werde unsere Stellungnahme trotzdem nun erklären. Im Postulat wird gefordert, für das neue Schulhaus einen internen Mittagstisch für alle Schüler einzuplanen und nicht nur für die Tagesschule. Zum Zeitpunkt, als wir die Raumplanung des neuen Schulhauses erarbeitet haben, war die Situation so, dass der Mittagstisch auf dem Trämlispielfeld, welcher für Primarschulkinder eingerichtet wurde, nicht nur von Primarschulkindern genutzt wurde. Dort ist immer noch zu wenig Bedarf von Primarschülern, dort gehen viele Sekundarschüler hin. Der andere Grund ist, dass wir in dem neuen Schulhaus eine sehr schöne und grosszügige Tagesschule einrichten möchten. Die Tagesschule ist geplant für 120 Kinder. In dem Schulhaus von 600 Kindern ist es ein sehr grosser Anteil, die das Mittagessen dort haben können. Wenn es in der Zukunft angezeigt ist und die Forderung so ist, dass wir viel mehr Mittagstische anbieten müssen, dann werden wir auf jeden Fall eine Bedarfsanalyse machen und Lösungen suchen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Danke für die Antwort. Ich gehe immer davon aus, dass wir ein Schulhaus bauen für die Zukunft, mindestens für die Gegenwart. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht etwas bauen und einrichten, das der Vergangenheit zugewandt ist. Der Mittagstisch ist ein zukunftsträchtiges Modell, welches kommen wird, ob wir das begrüßen oder nicht. Jedes Schulhaus wird in Zukunft einen Mittagstisch führen müssen. Man sieht diese Entwicklung in Basel, in anderen Gemeinden und in anderen Kantonen. Es wurden alle Schüler erwähnt. Es wird allen Schülern ein Angebot gemacht, um sich zu verpflegen. Das heisst nicht, dass alle Schüler gehen müssen, es ist freiwillig und kostenpflichtig. Es ist nicht damit zu rechnen, dass alle Schüler des Schulhauses dort essen gehen. In der frühen Phase der Planung können wir einen Mittagstisch einrichten. Ich könnte mir vorstellen, dass die Aula multifunktional eingerichtet werden könnte, damit es keine grossen Umstände bräuchte, um einen Mittagstisch anzubieten. Es wäre schade, wenn wir diese Gelegenheit vorbeigehen lassen würden. Es wäre schade, wenn wir nachträglich ein Flickwerk anbieten müssen, um ein solches Angebot zu realisieren. Wir sollten jetzt so früh wie möglich die Gelegenheit nutzen, dies einzurichten. Es wird kommen, davon bin ich fest überzeugt. Dass der jetzige Mittagstisch nicht voll ausgelastet ist, kann ich mir gut erklären. Es ist nicht so attraktiv, wenn man die Räumlichkeiten und die Bezugspersonen wechseln muss. Es ist viel attraktiver, wenn man im Schulhaus selber das Mittagessen einnehmen kann. Dass es Bedarf ist, ist bekannt. Mütter und Väter müssen vermehrt arbeiten gehen, ob sie wollen oder müssen. Das ist eine Tatsache und eine Situation, die gegeben ist. Ich bitte Sie, diesem Postulat zuzustimmen, um das nochmals zu überprüfen. Jetzt wäre die Gelegenheit in dieser frühen Phase des Schulhausbaus.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP/Parteilos: Ich möchte Ihnen gerne die Beweggründe der GLP/BDP-Fraktion zu diesem Postulat mitteilen. Einen Teil hat Bruno Gadola bereits vorweggenommen. Wir sind der Meinung, dass ein Mittagstisch eine wertvolle Entlastung darstellt für die Eltern. Er ermöglicht Müttern und Vätern, die Kinder betreuen, einer Arbeit nachzugehen. Das Postulat ist sehr weitsichtig, man schaut in die Zukunft. Man möchte nicht nur einen Mittagstisch für die Tagesschüler anbieten, sondern grundsätzlich allen. Ob das Angebot dann genutzt wird oder nicht, ist Sache der Eltern. Den Weg zum Mittagstisch finden wir auch sehr wichtig, dass Schule und Mittagstisch am gleichen Ort sind. Es ist ein Handicap, wenn die Schüler ein paar Meter oder Kilometer gehen müssen zum Mittagstisch, dann wird das Angebot nicht genutzt. Aus diesen Gründen unterstützt die GLP/BDP-Fraktion das Postulat.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Es soll ein Angebot geschaffen werden, für das die FDP-Fraktion keinen Bedarf erkennt. Die jetzigen Mittagstische werden nicht voll genutzt. Bestehende Organisationen kommen unter Druck, wenn die Gemeinde ihr Angebot ausbaut. Zudem ist ein schulhausinterner Mittagstisch für alle Klassen nie kostendeckend. Die Mehrausgaben bezahlt die Gemeinde bzw. wir Steuerzahler. Übrigens überdenkt das Gymnasium Oberwil ihre Mensa wegen Unternutzung. Die FDP-Fraktion kann aus diesem Grund der Überweisung des Postulats nicht zustimmen.

Pascale Uccella, SVP-Fraktion: Wir von der SVP-Fraktion haben dies auch diskutiert. Herr Florian Spiegel hat dies bereits das letzte Mal gesagt: Lasst doch dieses Projekt zuerst einmal ankommen, bevor man immer solche Vorstösse bringt. Wie Frau Pausa es bereits gesagt hat, wir haben Mittagstische, und es gibt Möglichkeiten dies auszubauen. Wir von der SVP-Fraktion sind für Nichtüberweisung.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wie Frau Vogt vorhin richtig gesagt hat, auch wenn der Mittagstisch kostenpflichtig ist für die betroffenen Schüler bzw. für die Eltern, wird er niemals kostendeckend sein. Für die Gemeinde werden Kosten anfallen. Ich wiederhole mich gern. Wir können kein Geld ausgeben, welches wir nicht haben. Die CVP-Fraktion ist darum der Meinung, dass wir das Postulat nicht entgegennehmen sollten.

Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion: Ich habe mit dem Verantwortlichen für den jetzigen Mittagstisch beim Dürremätteli gesprochen. Es stimmt nicht, dass dort die Altersspanne negativ wirkt, im Gegenteil. Es gibt höchstens tageweise Unstimmigkeiten zwischen klein und gross, Summa Summarum wird es als positiv angeschaut. Man macht immer wieder Bedarfsabklärungen unter den Schülerinnen und Schülern. Da ist das Dürremätteli nicht zu wenig, aber es gibt ein grosses Problem, weil mit dem neuen Schulhaus der Weg zu weit ist. Wenn man bedenkt, woher diese Schüler kommen, wäre es nicht unsinnig, einen Mittagstisch anzubieten. Ich finde, es muss nicht zwingend in dem Schulhaus sein. Hinausgehen zum Essen und ein Betreuungspersonenwechsel wird von den Schülern positiv angeschaut, sodass sie nicht immer die gleichen Leute um sich herum haben. Es ist ein "ja aber". Ich kann nicht 100% ja sagen. Es ist eine gute Idee, das "aber" ist auch da.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Nedim Ulusoy hat gesagt „in dieser frühen Phase“ der Planung. Du bist auch in der Konsultativkommission, da wurdet ihr laufend informiert darüber, wo wir stehen und was wir machen. Früh ist die Phase nicht mehr. Die Planung ist sehr fortgeschritten. Der Abstimmungstermin ist noch weit weg, aber die Planung ist bereits sehr fortgeschritten. In der Konsultativkommission war ein Mittagstisch zu keinem Zeitpunkt ein Thema. In dieser Kommission sind alle Vertreter von allen Parteien und Vereinen. Es sind sehr viele Leute dabei und es war zu keinem Zeitpunkt ein Thema. Ich möchte nochmals wiederholen. Die Planung ist in einem weiten Stadium, der Wettbewerb ist gelaufen. Es gab ein Wettbewerbsprogramm, wo genau definiert wurde, was wir planen. Wir stehen an einem sehr fortgeschrittenen Ort.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Das darf ja nicht der Grund sein, um etwas nicht zu machen, weil die Planung bereits fortgeschritten ist. Das darf kein Grund sein, wenn es ein ausgewiesenes Bedürfnis gibt. Zu den Bezugspersonen, die Frau Selinger angesprochen hat. Es ist eine klare Erkenntnis, dass zu viele Bezugspersonen für die Kinder nicht gut sind, das ist klar, da spricht nichts dagegen. Zum Vergleich, den Frau Vogt erwähnt hat. Gymnasiasten und Volksschüler kann man nicht vergleichen. Es ist klar, dass Oberstufenschülerinnen und Oberstufenschüler nicht im Schulhaus essen möchten. Sie möchten hinausgehen, selbstständig sein oder gar nichts essen. Dieser Vergleich hinkt eindeutig.

Jérôme Mollat, GLP/BDP/Parteilos-Fraktion: Es werden immer die hohen Kosten angeführt für einen Mittagstisch. Wir sind der Meinung, dass diese Kosten mit Bestimmtheit nicht so hoch sind. Wenn wir das Budget anschauen, dann sieht man, dass die Kosten für den Mittagstisch des Kindergartens oder der Tagesschule weitgehend selbstdeckend sind. Es kostet bestimmt weniger als die hohen CHF 17'000 pro Jahr für die familienexterne Kinderbetreuung. Gerade ein Mittagstisch ist bei halbtagsarbeitenden Personen wichtig, so muss man nicht auf eine externe Betreuung zurückgreifen. Der Mittagstisch ist eine gute Form und gut investiertes Geld, wenn es etwas kosten sollte. Wir unterstützen das Postulat.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich möchte festhalten, dass wir hier nicht darüber reden, ob der Mittagstisch schlecht oder gut ist. Es geht um das neue Schulhaus. Wenn wir sehen, dass dieser Bedarf steigt für einen Mittagstisch, dann machen wir auf jeden Fall eine Bedarfsanalyse und schauen, wie wir Lösungen finden. Das schliesst dies nicht aus und wertet es nicht ab.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wenn man von den Kosten redet, dann muss man auch wissen, wie gross der Bedarf ist. Bruno Gadola sagt, dass es einen ausgewiesenen Bedarf gibt. Das möchte ich als Behauptung hinstellen. Jede Familie mit einem Kind, das in die Schule geht, erhält anfangs Schuljahr eine Anmeldung für den Mittagstisch. So haben wir eine ziemlich genaue Erhebung, wie gross diese Zahlen sind. Leider steigt es nicht so, wie man sich das vorstellt. Ich kann mir vorstellen, dass ein steigender Bedarf entstehen könnte in Zukunft. Im Augenblick haben wir das nicht. Wir wissen auch nicht, was wir mit dem Architekt und mit den Erstellern des Schulhauses planen sollen, wenn wir heute Abend den Auftrag erhalten, zu schauen, wie der Platz ist. Es ist wiederum eine Frage nach dem Bedarf. Im Augenblick ist dieser Bedarf nicht sehr gross. Wenn ich mir vorstelle, dass es um 500 Kinder geht, die nicht berücksichtigt sind, weil wir 120 Plätze in der Tagesschule haben. Das wurde vom Volk so beschlossen, dass wir eine Tagesschule einführen. Wir haben für einen Klassenzug den Platz, um sie zu verpflegen. Beim Raum reden wir von 3 Quadratmetern pro Kind. Das heisst, einen Stock mehr bauen beim Schulhaus, wenn wir das alles abdecken müssen. Dann kommt noch etwas anderes dazu. Wir schaffen eine Ungerechtigkeit gegenüber zwei anderen Schulhäusern. Wir haben ein Neu-Allschwilschulhaus, wo auch drei Klassenzüge drin sind und das Schulhaus in Schönenbuch mit zwei Klassenzügen. Was machen wir mit diesen Kindern? Wohin gehen diese an den Mittagstisch? Wir werden zu gegebener Zeit, wenn der Bedarf steigt, die Möglichkeiten suchen, Räumlichkeiten vorschlagen und dem Einwohnerrat vorschlagen, wie man einen Mittagstisch adäquat vergrössern und ein Angebot erweitern kann, wenn es soweit ist. Im Augenblick ist die Planung tatsächlich so weit fortgeschritten, dass wir kurz davor stehen, dass uns die Architekten ein Vorprojekt präsentieren, welches Sie hier bewilligt haben. Wir können noch dieses Jahr gewisse Vorlagen erarbeiten, damit wir zügig anfangs des nächsten Jahres über das Schulhaus diskutieren können. So wird ein grosses Stück Unsicherheit geschaffen, wie diese Planungsarbeiten weiter gemacht werden sollen. Ob dies nur 200 Kinder oder ob es dann wirklich die 500 Kinder sind, das Begehren ist ja da für alle, und Ungerechtigkeiten können wir nicht schaffen. Wir fördern die Unsicherheiten der Planung des Schulhauses, wenn wir das so entgegennehmen.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich kann den Gemeinderat nur unterstützen und das, was Frau Pausa gesagt hat. Die Planung ist fortgeschritten, wir haben geplant. Diese Frage haben wir in der Kommission nicht in diesem Sinne gestellt, aber als es um den Tageskinderkarten und die Tagesschule ging. Wie wird die Entwicklung sein? Wir haben in der Kommission gemerkt, dass man die jetzt nicht absehen kann. Wenn der Bedarf kommen wird, dann kann ich mir gut vorstellen, dass man zentrale Räumlichkeiten zwischen den Schulhäusern findet. Im Moment ist die Planung für das Schulhaus so weit, sodass wir dies nicht mehr berücksichtigen können.

Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion: Ich wollte nochmals etwas sagen und es tut mir leid, wenn ich es vorhin zu unklar gesagt hat. Ich habe bezüglich des Bedarfs Herrn Kraus angerufen, er ist hauptverantwortlich für das Dürremätteli. Jedes Jahr, wenn es neue Schüler gibt, machen sie diese Abklärung. Das Dürremätteli deckt alles ab, was an Bedarf da ist. Von 20 minimal bis 38 Kinder maximal haben sie täglich Anmeldungen. Es gibt keinen weiteren Bedarf im Moment.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Der Bedarf ist abhängig vom Ort und von vielen anderen Sachen, den Gelegenheiten usw. Wenn Sie ins Dürremätteli gehen müssen, dann ist das nicht attraktiv. Der Bedarf ist abhängig von gewissen Kriterien. Es gibt genug Erfahrungen von Mittagstischen. Da kann man ausrechnen oder vergleichen lassen, wie viel Prozente bei anderen Schulhäusern die Schüler einen Mittagstisch benutzen oder nicht. Rundum gibt es Schülermittagstische, die diese Erfahrungen ausweisen können. Davon kann man profitieren, ich sehe keinen Grund, dies nicht zu wollen.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Ich glaube, das neue Schulhaus ist sehr weit in der Planung. Wir haben dort eine Aula für 400 Personen. Ich hätte gern mehr gehabt, jetzt sind es 400 geworden. Wenn der Bedarf wirklich so riesig ist, wie das Bruno Gadola meint, dann haben wir genug Platz im Schulhaus für einen Mittagstisch.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Einen Mittagstisch kann man auch über ein Catering-System laufen lassen, dann reicht eine Aula, ein paar Tische und Stühle dazu. Dann müssen wir keine Küche einrichten. Ich möchte wissen, ob überhaupt diese Aula jemals ausgebucht ist für den Mittagstisch. Das glaube ich nicht, denn es gibt noch viele, die traditioneller erziehen und die Kinder zuhause verpflegen. Ich möchte beantragen, dass wir abstimmen und die Diskussion beenden.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Ich möchte mich kurz halten. Wenn der Bedarf so gering ist für einen Mittagstisch, sehe ich kein Hindernis dies für alle anzubieten, sie müssen es nicht nutzen. Dann braucht es nicht viel mehr Platz, als jetzt eingeplant ist für die Tagesschule. Der Bedarf scheint nicht da zu sein, aber man kann es anbieten. Zu den Kosten möchte ich sagen, dass wir ohnehin das ganze Catering oder eine eigene Küche für die Tagesschule haben. Es sind nicht viel mehr Kosten, wenn man für eine Handvoll Kinder Essen zur Verfügung stellt.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP/Parteilos-Fraktion: Ich möchte das Unwort Bedarf nicht nochmals aussprechen, das ist heute Abend genug oft gefallen. Ich finde es lustig, dass Jürg Vogt, der vorhin noch von Ressourcenschonung und haushälterischem Umgang mit Land gesprochen hat, dagegen ist und es nicht in die Planung mitaufnehmen möchte. Meines Wissens wurde dort noch kein Ziegelstein gebaut. Es gibt sicher noch die Gelegenheit, um Anpassungen wahrzunehmen. Zur Konsultativkommission möchte ich richtig stellen, dass ich genau einmal dort war und ich habe mich dort mehr informiert als konsultiert gefühlt, was vorhin war, weiss ich nicht. Konsultiert wurden wir nicht.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über den Antrag von Herrn Zimmermann ab über Abbruch der Diskussion.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des Postulats.

://:

Das Postulat wird mit 9 Ja-, 18 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen nicht überwiesen.

Rolf Adam, Präsident: Ich schaue auf die Uhr, die Zeit ist fortgeschritten. Es macht keinen Sinn, Traktandum 10 noch anzufangen, denn es wird dort auch Diskussionen geben. Ich schliesse die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

ENDE